

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 10. Juni 1916.

Stadtverordneten-Versammlung.

Der Vorsitzende Justizrat Dr. Alberti eröffnet um 4 1/4 Uhr die Sitzung. Der Vorsitzende gedenkt der Befahrung des verunglückten Kreuzers „Wiesbaden“, die bis auf einen Mann mit dem Schiff untergegangen ist. Er schlägt vor, eine allgemeine Sammlung zur Unterstützung für die Hinterbliebenen der untergegangenen Mannschaften in Wiesbaden zu veranstalten. Als Grundlage werden 3000 Mark beantragt, die aus dem Kriegsfonds der Stadt genommen werden sollen. Oberbürgermeister Dr. Gläffing teilt mit, daß der Magistrat sich dem Antrage anschließt und weitere 2000 Mark aus einer Stiftung zuzuführen bereit ist. Der Gesamtbetrag von 5000 Mark wird einstimmig beschlossen. Der von der „Wiesbaden“ gerettete Mann ist vom Magistrat zur freien Kur und Verpflegung nach Wiesbaden eingeladen.

Oberbürgermeister Gläffing gibt der Versammlung bekannt, daß mehrere hochherzige Stifter der Stadt größere Summen zur Verfügung gestellt haben. Zweimal 10 000 Mark für die Hinterbliebenen der gefallenen Kriegsteilnehmer, 5000 Mark für 12 Monate zur Verteilung von Mittagessen für bedürftige Kinder und 50 000 Mark für die Hinterbliebenen gefallener Offiziere bestimmt. Die Anwendungen werden von der Stadtverordnetenversammlung mit herzlichem Dank angenommen.

Ein Baudispensat des Kreisarztes Dr. Wils, betreffend Errichtung eines Landhauses am ungepflasterten Bannweg, wird auf Antrag des Bauausschusses von der Versammlung genehmigt. Stadtv. Philipp Müller ersucht, den Kreisarzt zu veranlassen, für die ihn auffuchenden Kranken Personen ein Bureau an einer gepflasterten Straße zu errichten, da gerade der Kreisarzt von vielen Kranken Personen aufgesucht wird. Bürgermeister Travers ersucht, daß der Kreisarzt nicht zum Kreisarzt kommen. Auf eine Anfrage des Stadtv. Gerhardt wird geantwortet, daß der Kreisarzt Wils die Kranken Personen zur Erlangung eines Ratenscheines nicht untersucht, sondern ihm zur Nachprüfung in vorliegenden Akten im Rathaus ein Zimmer zur Verfügung steht.

Namens des Finanzausschusses beantragt der Stadtv. Dr. Dreyer, dem Antrage des Magistrats vom 31. Mai entgegenzusetzen, daß bei der Kassanischen Landesbank ein Kredit von 12 Millionen Mark aufgenommen werden kann. Bis zum 1. April 1916 sind bereits 10 1/2 Millionen aufgenommen. Oberbürgermeister Dr. Gläffing erklärt kurz, daß am nächsten Freitag wieder eine Sitzung stattfinden muß, die sich mit den Haushaltsplänen der Stadt beschäftigen wird.

Der Bauausschuß, Verichterstatte Stadtv. Fink, beantragt 3000 Mark für die Erweiterung des Kohlenplatzes im städtischen Krankenhaus. Es wird so beschlossen.

Stadtbaurat Petri gibt der Stadtverordnetenversammlung bekannt, daß dem Wunsche der Wiesbadener Einwohner entsprechend, die Wiedereröffnung des Schwimmbades in Augusta-Viktoria-Bad erfolgt. Das Schwimmbad steht den Kreisen der Einwohnerschaft zur Verfügung. Die Stadt liefert das erforderliche Wasser bis zu einer bestimmten Menge umsonst und leistet einen monatlichen Aufschuß von 500 Mark, zunächst für drei Monate. Bei Abnahme von 200 Mark für Schülerinnen und Schüler der Volks- und Mittelschulen kostet ein Bad 25 Pfennig. Die Rheinbäder haben sich zwar gut bewährt, bieten jedoch keinen genügenden Ersatz für das Hallenbad in Wiesbaden. Auch sind Schwierigkeiten im Hallenbetrieb und in der Beaufsichtigung durch die Lehrer bei den Rheinbädern vorhanden.

Ferner ist mit den Magistraten von Kassel und Frankfurt eine Vereinbarung über die Ausdehnung von beschränktem Wettbewerben auf dem Gebiete der Bildhauerkunst, der Kunst und des Städtebaues ausstehend gekommen.

Damit war dieser Teil der Stadtverordneten-Versammlung erledigt.

Au den Mitteilungen des Magistrats über die

Regelung der Fleischversorgung

nimmt der Oberbürgermeister Geheimrat Gläffing das Wort. (Wir werden den Wortlaut der Rede in der nächsten Nummer der „Volksstimme“ zum Abdruck bringen. Red. der „Volksst.“.)

Stadtv. Siebert empfiehlt die Verordnung des Magistrats und wünscht, daß die Menge der vorhandenen Lebensmittel so rationiert wird, daß jeder etwas erhält. Der Antrag ist in der Bevölkerung hauptsächlich wegen der langen Wartezeit vor den Geschäften entfallen. Er hätte gewünscht, daß der Oberbürgermeister als Mitglied des Herrenhauses auch die Beschwerden vortragen hätte. Obwohl er selbst den Erfolg anzweifelt, würde es doch in der Öffentlichkeit Eindruck gemacht haben. Zu erwägen wäre, ob den Wirtschaften das Fleisch nicht ganz entzogen werden kann. Die Verordnung der Butter, welche privat von auswärts bezogen wird, sollte auf die Karten nicht erfolgen. Den ganz unbekannten Vorträgen der Kritiker soll man nicht so viel Bedeutung beilegen.

Stadtv. Philipp Müller kann sich mit dem Vorschlag des Vorredners, die privat bezogene Butter nicht anzuerkennen, keineswegs einverstanden erklären. Redner vernimmt in der Rede des Oberbürgermeisters, daß die Fleischpreise sehr hoch bemessen sind. In einem Moment, das im „Vorwärts“ veröffentlicht ist, zeigt Genosse Müller, wie das Fleisch durch die hohen Verdienste der Wirtschaftskommissionäre verteuert wird. Man hätte bei diesen Erfahrungen dem Handel unter Festsetzung von Höchstpreisen keinen Lauf lassen sollen, viel schlechter wäre es auch gewesen. Die Erklärung wegen der ungleichen Verteilung der Fleischrationen an die Ausländer und der Verteilung wird allerdings nicht so schnell verschwinden, obwohl anzuerkennen ist, daß die Regierung der Stadt mehr für die Ausländer zur Verfügung stellt. Allen Anträgen nach wird zu der Fleisch- und Getreide noch eine Ration kommen. Wünschenswert wäre es jedenfalls, der Bevölkerung Kartoffel-Zusatzmarken zu verabfolgen, um wenigstens die Ration von 8 Pfund pro Kopf und Woche zu ergänzen.

Stadtverordneter Kaltwasser begrüßt die Erklärung des Magistrats, daß keine Nahrungsmittel verdonnen sind, damit den dümmen Gerichten in der Stadt der Boden entzogen wird.

Stadtverordneter Gerhardt bringt einige Beschwerden wegen der Butterverteilung vor und ist auch der Ansicht, daß die Erbitterung der Einwohnerschaft sich in erster Linie gegen die ungerechte Verteilung richtet. In einem Hotel wurden noch in der letzten Woche zwei Fleischbällchen verabfolgt. Redner bemängelt die Brotverteilung von Wiesbaden. Das Brot in den Vororten ist bedeutend besser. Auch hätte der Stadtrat beizeiten der Regierung sagen müssen, was den Städten not tut. Derselbe hat während des Krieges vollständig verlagert.

Stadtverordneter Fink hofft, daß durch die Einführung der Fleischkarte etwas Beruhigung eintreten wird. Die Differenz von 600 Gramm für Ausländer und 200 Gramm für die Einwohnerschaft erscheint ihm ebenfalls sehr hoch. Redner wünscht weiter, daß noch ein städtischer Kartoffelstand im Westendviertel errichtet wird.

Bürgermeister Travers geht auf die einzelnen Ausführungen der Redner näher ein. In der Kartoffelverteilung bemerkt er, daß die Verabfolgung der Ration von 8 auf 7 Pfund pro Kopf und Woche eine dringende Notwendigkeit sei, so schwer es dem Magistrat wird, er könne es nicht anders halten, da die Regierung nur 1 Pfund pro Kopf und Tag als zulässig erklärt hat. Nach dem Krieg wird sofort mit dem Bau einer Markthalle begonnen werden. Jetzt eine Veränderung vorzunehmen ist nicht möglich. Es soll jedoch auf dem Marktplatz noch ein weiterer Stand errichtet werden.

Eine Entschließung, welche dem Magistrat für sein tatkräftiges Wirken zur Lebensmittelförderung das Vertrauen ausdrückt, sowie die Verordnung des Magistrats zur Fleischverteilung wird hierauf einstimmig angenommen.

Hausbesitz und Krieg.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 8. Juni eine Bekanntmachung über die Geltendmachung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden beschlossen, die den Schuld der durch den Krieg in Mitleidenhaft gezogenen Haus- und Grundbesitzer über den bisherigen gesetzlichen Rahmen hinaus erweitert.

Durch die Verordnung wird zunächst (mit Rücksicht auf die erhebliche Dauer des Krieges und ihre Begleiterscheinungen im städtischen Immobilienwesen) die Länge der Frist zu Bewilligen der Zahlungsfrist ausgedehnt. Sie kann jetzt für das Kapital der Hypothek oder Grundschuld oder der Abkündigung der Rentenschuld bis zu einem Jahre, für Zinsen und andere Nebenleistungen bis zu sechs Monaten bemessen werden (bisher sechs bzw. drei Monate). Damit hätten, die sich aus der Verlängerung der Frist für den Gläubiger ergeben mögen, vermieden werden können, kann die Fristbestimmung von der Erfüllung bestimmter Bedingungen (z. B. Erhöhung des Zinsfußes) abhängig gemacht werden. Bisher war bei vollstreckbaren Hypothekenforderungen die Fristbewilligung nur im Wege einer Einstellung der Zwangsvollstreckung — also durch eine Wohnnahme von rein prozeßualer Bedeutung — möglich. Nach der neuen Verordnung kann auch bei vollstreckbaren Hypothekenforderungen eine materielle Zahlungsfrist gewährt werden, die wie eine vom Gläubiger bewilligte Stundung wirkt, also vor allem den Eintritt von Verzugsfolgen verhindert. Die Entscheidung erfolgt durch das Amtsgericht, in dessen Bezirk das belastete Grundstück liegt. Auch bei der Bewilligung von Zahlungsfristen für Hypothekenschulden außerhalb eines Rechtszirkles soll künftig der dingliche Gerichtsstand maßgebend sein (bisher das Amtsgericht, bei dem der Gläubiger seinen allgemeinen Gerichtsstand hat). Das bedeutet eine erhebliche Erleichterung für den Schuldner. Die Bewilligung von Zahlungsfristen soll, wenn Willigkeitsgründe vorliegen, in Zukunft auch bei Hypotheken zulässig sein, die nach dem 31. Juli 1914, also nach Kriegsausbruch, entstanden sind. In der Hauptsache ist dabei an Fälle gedacht, in denen Personen während des Krieges zur Verbütung eigener Verluste genötigt waren, ein Grundstück zu erwerben, ohne dabei das Vorgebot berücksichtigen zu können. Für die Kapitalschulden kann die Bewilligung einer Zahlungsfrist mehrfach erfolgen, für Zinsen und sonstige Nebenleistungen nur einmal. Der Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist darf, wie die Verordnung ausdrücklich bestimmt, bei Kapitalschulden nicht deshalb abgelehnt werden, weil anzunehmen ist, daß der Befragte nach Ablauf der Frist zur Befriedigung des Kredits außerstande sein wird.

Die Zwangsversteigerung kann auf Antrag des Schuldners für die Dauer von längstens sechs Monaten eingestellt werden, auch wenn die Bestimmung einer Zahlungsfrist abgelehnt oder nicht zulässig ist. Die Einstellung kann mehrfach erfolgen. Sie ist jedoch (damit ein unbegrenztes Anwachsen von Zinsrückständen vermieden wird) auf Antrag eines Beteiligten aufzuheben, wenn ihm fällige Ansprüche auf wiederkehrende Leistungen für zwei Jahre im Range vorgehen. Ebenso ist der Antrag auf Einstellung der Zwangsversteigerung von vornherein abzulehnen, wenn fällige Ansprüche des betreffenden Gläubigers für zwei Jahre nicht gezahlt sind.

Eine andere Bekanntmachung des Bundesrats vom 8. Juni schließt die heimkehrenden Kriegsteilnehmer vor einem für ihr wirtschaftliches Fortkommen bedenklichen Zugriff ihrer Gläubiger.

Auf Antrag des Kriegsteilnehmers kann Zahlungsfrist bis zu sechs Monaten bewilligt werden, auch für nach dem 31. Juli 1914, oder vor oder während der Teilnahme des Schuldners am Kriege entstandene Forderungen. Auf diese Forderungen findet auch die Verordnung über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung (R. G. Bl. 1915 S. 292) Anwendung. Die Zwangsvollstreckung kann auf sechs Monate eingestellt werden; die Einstellung kann mehrfach erfolgen und ist auch zulässig, wenn eine Zahlungsfrist bereits bestimmt ist. Voraussetzung für die Zahlungsfrist sowohl wie für die Einstellung der Zwangsvollstreckung ist, daß die wirtschaftliche Lage des Schuldners durch die Teilnahme am Kriege so wesentlich verschlechtert ist, daß sein Fortkommen gefährdet erscheint. Die Einstellung der Zwangsvollstreckung kann aufgehoben werden, wenn sie infolge nachträglicher wesentlicher Veränderung der Umstände dem Gläubiger einen unzumutbaren Nachteil bringen würde, insbesondere, wenn die spätere Befriedigung des Gläubigers durch andere Zwangsvollstreckungen erheblich gefördert wird. Als Kriegsteilnehmer gelten auch die Personen, die vermöge ihres Dienstverhältnisses, Amtes oder Berufes zu den Immobilien Teilen der Land- oder Seemacht gehören.

Eine dritte Bekanntmachung des Bundesrats vom 8. Juni ändert die Vorschriften der Verordnung über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen und über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung in einigen Punkten ab, um sie mit der Sonderregelung der ersten der vorstehend geschilderten Verordnungen (über Geltendmachung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden) in Einklang zu bringen bezug auf Unstimmigkeiten der Interpretation zu vermeiden.

Wiesbaden, 10. Juni. (Wie's gemacht wird.) In den Geschäftsräumen der Wiesbadener Nahrungsmittelfabrik erschien am 10. Mai die Ehefrau eines Viktualienhändlers und verlangte Friedeichsdorfer Zwieback zu kaufen. Sie stellte ausdrücklich fest, daß wenigstens unverpackte Ware vorhanden war, es wurde ihr aber

keine ausgefolgt, sondern sie erhielt einen Zettel zur Unterschrift vorgelegt, wonach sie die Verpflichtung eingehen sollte, noch fünf Jahre nach dem Krieg, bei Ausübung einer Konventionalstrafe von 50 Mark für jeden Fall der Zuwiderhandlung, ihren Bedarf ausschließlich bei der Firma zu decken. Die Frau gab zunächst die Unterschrift nicht. Sie legte den Schein ihrem Mann vor, welcher ihn zur Polizei trug, dort feststellen ließ, daß das Versehen des Geschäftes nichts weniger wie einwandfrei sei, und der sich dann selbst an Ort und Stelle begab, um dort die Erklärung entgegenzunehmen, daß er keinen Zwieback erhalte, ohne dem Schein vorher die Unterschrift gegeben zu haben. Auf Grund dieser Feststellung wurde wider den Inhaber der Nahrungsmittelfabrik Anzeige erhoben wegen verbotener Erpressung; im Gegenzug aber zu dem auf Verurteilung zu zwei Monaten Gefängnis lautenden Antrag des Vertreters der Nahrungsmittelbehörde kam das Schöffengericht bezüglich dieser Anzeige zwar zu einem Freispruch, beurteilte aber den Angeklagten wegen Verletzung wider die Bundesratsverordnung vom 23. März 1915, d. h. weil er für Ernährungsmittel Preise gefordert habe, welche unter Berücksichtigung der Marktlage als zu hoch erschienen müßten, zu 500 Mark Geldstrafe. Vom Anklagevertreter war eine Geldstrafe von 1000 Mark wegen dieses Deliktes beantragt worden.

Deutschkatholische (freireligiöse) Gemeinde. Am Donnerstagabend fand im Saale der „Wartburg“ die diesjährige ordentliche Generalversammlung statt. Den Jahresbericht erstattete der Vorsitzende, Herr Architekt Philipp Schmidt. In das Geschäftsjahr fiel der Wechsel des Predigers; seit 1. Juli 1915 ist Herr Gustav Tschirn aus Breslau als Prediger angestellt. Die Unterhaltungen der zum Geordeten Gemeindeglieder betragen 5446 Mark, eine Summe, die von keiner Religionsgemeinschaft nur annähernd erreicht wurde. Für die Weihnachtsfeier der Kinder wurde die Summe von 816,50 Mark aufgebracht. Gemeindeglieder leisten 93 Mitglieder. Die ordentlichen Gemeindegemeinschaften betragen 12160 Mark, die Ausgaben 13 691 Mark. Das Gesamtvermögen, das in verschiedenen Fonds angelegt ist, beträgt 206 324 Mark. Der Rechnungsvoranschlag wurde in Einnahmen und Ausgaben mit 10 268 Mark vorgelegt und gutgeheißen. Zur nächsten Wahl lagen drei Listen vor. Man versuchte von gewisser Seite, die proletarischen Elemente, welche im vorigen Jahre in größerer Anzahl in den Kreistag gewählt wurden, wieder zu besiegeln. Von Herrn Volk wurden Zirkulare mit Stimmzetteln verschickt. Scharf geteilt die Herren Bauer, Nies und Häbichmann diese Handlungsweise. Die frühere Liste wurde dann fast reiflos wieder gewählt.

Die Kriegsunterstützungskasse ist am 2. Pfingstfeiertag, vormittags von 9—12 Uhr, für die Abhebung der Unterhaltungen geöffnet. Die Begünstigten werden darauf aufmerksam gemacht.

Städtische Volksbäder. Die Badezeit ist am Pfingstsonntag von 7—11 Uhr vormittags. Am Pfingstmontag sind die Bäder geschlossen. Am Fronleichnamstag sind nur die Bäder in der Koenigsstraße und am Schloßplatz geöffnet.

Die Nassauische Landesbibliothek bleibt vom 10. bis 17. Juni wegen Reinigung geschlossen.

Leichtsinnes Spiel mit Patronen. Beim Aufklappen von Patronenhülsen verunglückte ein 18jähriger Knabe in der Werkstr. 10. Die Patronen explodierten und zertrümmten dem jungen Mann die Finger. Mit schweren Verletzungen wurde der Verunglückte dem Krankenhaus überführt.

Lebensmittelförderung. Die für die Lebensmittelförderung eingerichteten städtischen Dienststellen sind für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet: an allen Werktagen von 8 1/2 bis 12 1/2 Uhr und außerdem Montags, Mittwochs, Donnerstags und Samstags von 3 bis 5 Uhr. Das Rechtsbureau (Rathaus, Zimmer 68) und die Markenkontrolle (Friedrichstraße 19) sind nur vormittags geöffnet. Auskünfte an Verbraucher können nicht mehr telefonisch erteilt werden.

Bereine und Versammlungen.

Biedrich. N.-G.-B. Normarts. Am 1. Pfingstfeiertag gemeinschaftlicher Spaziergang nach Rombach. Lokal „Zur Walblust“. Zusammenkunft um 1 Uhr im „Kaiser Hof“. Abmarsch 1 1/2 Uhr. Schierlein. Wahlverein. 2. Pfingstfeiertag 10 1/2 Uhr Wahl eines Delegierten zur Bezirkskonferenz im Saalhaus „Zum Deutschen Hof“. Vorher findet zu diesem Zweck eine Versammlung statt, in der auch noch sonstige Vereinsangelegenheiten erledigt werden sollen.

Aus den umliegenden Kreisen.

Pfingsten.

Aber kommen wird ein Pfingsten
Donnernd über euer Haupt!
Und ein Festtag der Pfingsten,
Der des Hochmuts Stamm entlaßt.
Der sich lange selbst vergessen,
Ist am Ziel der Ungleichheit
Und der Mensch, der sie durchmessen
Kommt beim Menschen endlich an.

Wer hätte es für möglich gehalten, daß ein zweites Pfingsten mitten im tosenden Weltkrieg begangen werden muß? Wieder werden Pfingstglocken läuten, die zur Andacht rufen, aber wie werden sie unser Ohr berühren! Die Zeit ist erfüllt von Kampf- und Schlachtengewühl; Siege und Niederlagen, Jubel und entsetzliches Leid als Folgeerscheinung blutiger Waffentaten lähmen Kraft und Geist. Wohin das Auge blickt, nirgends ein Lichtblick. Der Fortschritt der Kultur ist gehemmt, unzählige Kulturgüter, von fleißigen Menschenhänden geschaffen, sind dem Staub übergeben worden. Zweitausend Jahre Weltgeschichte und noch lebt die Menschheit in tiefer Barbarei, noch schlachten sich die Menschen ab, als wären sie nicht zu höherem geboren.

Liebe deinen Nächsten, wie dich selbst! So verkündete einst der Zimmermannssohn, der als Hochverräter am Kreuze starb. Seine Lehren fanden jedoch bei den Massen des jüdischen Proletariats lauten Widerhall. Klein war zunächst die Zahl seiner Anhänger, dornenreich ihr Weg. Und doch war ihnen der Sieg sicher, weil sie die reine Sprache des entrechteten Volkes, der Entehrten redeten, weil sie das Reich der Seligen nicht nach Wolfenrudelsheim, sondern hier auf Erden verkündeten. Die ersten Sendboten des Heils waren die Verater und Selber des verfluchten jüdischen Volkes, die als sie ihren Fuß auch ins große römische Weltreich setzten, ebenso offen und frei die Laster der Herrschenden zeigten, die aus einer Orgie in die andere talmelten. So mußte die Saat der Evangelisten aufgehen und tausendfältig Frucht tragen. Ein Salt gab es erst, als die Kirche mit den Mächtigen Frieden schloß, als das Wort: „Eher geht ein Kamel durchs Nadelohr, als daß ein Reicher ins Himmelreich komme“, keinen guten Klang mehr hatte. Damit hatte die von dem Nazarener entfachte Bewegung aufgehört, eine revolutionäre Bewegung zu sein. Und so mußte aus den veränderten Verhältnissen, aus der Verbesserung der Verhältnisse, der völligen Umgestaltung der Produktionsweise und der mannigfaltigen ge-

gesellschaftlichen Erscheinungen der Sozialismus hergestanden, um das Werk zu vollenden, das die Stifter der christlichen Kirche begonnen. Wohl werden die sogenannten „religiösen“ Feste noch bis in die jetzige Zeit gemeinsam gefeiert, von arm und reich, von Christen und Antichristen, aber das Proletariat hat schon lange den Sinn dieser Feste umgedeutet. . . .

Und so wollen wir im ungedeuteten Sinne auch dieses Jahr Pfingsten begehen. Den Agitationsruf: „Geht hin in alle Welt und lehret alle Völker“ wollen und müssen wir Arbeiter, die wir eine heilige Mission zu erfüllen haben, beachten. Getragen von einem sozialistischen Pfingstgeist muß der Ruf nach Frieden erschallen, daß er diesseits und jenseits der Grenzen gehört wird! Bernommen wird gerade von denen, die da glauben, daß die Zeit des Friedensschlusses noch nicht gekommen ist. Wenn wir nun schon einmal Antipathie gegen kirchliches Godelgelöute haben, so wäre es aber doch etwas herrliches, Erhebendes gewesen, wenn uns dieses Jahr die Glocken am Pfingstmorgen verkündet hätten, daß das ischeuerliche, blutige Rorden endlich ein Ende habe. Wir Arbeiter in Stadt und Land feiern Pfingsten auf unsere Art. Vieles hat der Weltkrieg vernichtet, manchen jungen Mitstreiter im Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse ins frühe Grab sinken lassen. Mutige und jederzeit opferbereite Mitstreiter sind von unserer Seite gerissen, ihre willige Arbeitskraft lahmgelagert und doch sind unsere herrlichen Zukunftshoffnungen nicht erloschen. Der Geist des internationalen Sozialismus ist noch wach und darum muß der Friede kommen, wie jenes große Menschheitspfingsten kommen muß, von dem der Dichter Bertold Brecht singt:

Rommen wird bereinst ein Pfingsten
Donnernd über euer Haupt!
Und ein Festtag der Geringsten,
Der des Hochmuts Stamm entlaßt!

Kriegsgewinne der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron.

Zu den kapitalistischen Betrieben, denen der Krieg Millionengewinne bringt, gehört auch die chemische Fabrik Griesheim-Elektron. Der Geschäftsbericht für 1915 deutet das allerdings nur kurz an. Er beschränkt sich auf die Mitteilung, daß auch das zweite Kriegsjahr ein befriedigendes Ergebnis geliefert habe, welches dadurch erreicht sei, daß für die notwendig gewordenen Stilllegungen einer Reihe von Betrieben ein Ausgleich in anderen Fabrikationszweigen geschaffen werden konnte. Selbst ein sehr regierungstreues Blatt, wie die „Frankf. Ztg.“ findet diese Art, die Aktionäre zu informieren, „etwas gar zu dürftig“.

Die chemische Fabrik Griesheim-Elektron erzielte im zweiten Kriegsjahr 4 610 977 Mark gegen 3 518 084 Mark im Jahre 1914. Der Bruttogewinn belief sich auf 10 817 991 Mark. An Waren sind für 8 292 581 Mark vorhanden. An Dividenden kommen 16 Prozent gegen 14 im Vorjahre zur Verteilung, das sind zusammen 2 560 000 Mark. An Löhnen und Gratifikationen werden 700 738 Mark verteilt; für Unterhaltungen und Pensionen 222 916 Mark; dem Invalidenfonds werden 500 000 Mark zugewiesen.

Im übrigen ist die Bilanz für den, der nicht in die Geschäftsgeheimnisse der Fabrik eingeweiht ist, sehr unklar. Die chemische Fabrik Elektron will sich eben so wenig wie möglich in die Karten sehen lassen. Die Bilanz gibt die Zugänge für das abgelaufene Jahr nicht an, wohl aber abzüglich Abgang für die ganze Zeit seit der Errichtung der Gesellschaft bis Ende 1915, und daraus läßt sich durch den Vergleich mit dem Vorjahre berechnen, daß sie im Jahre 1915 auf Immobilienkonto 1,57 Millionen Mark und auf Kapitalkonto 0,86 Millionen Mark betragen haben. Danach stehen jetzt Immobilien mit 12,00 (11,14) Millionen Mark und Apparate mit 9,42 (10,59) Millionen Mark zu Buch. Die Vorräte an Rohstoffen, Fabriken und Waren sind wieder in nur einem Posten mit 14,33 (10,17) Millionen Mark bewertet, daneben Materialien mit 3,48 (1,94) Millionen Mark, Gerätschaften, Transportgefäße, Laboratorien mit 2,70 (2,15) Millionen Mark. Die Bestellungen an fremden Unternehmungen betragen unverändert 1 Million Mark. In bar, Wechseln, Effekten und Bankeinlagen waren zum Jahresabschluß 4,38 (1,63) Millionen Mark vorhanden und bei Debitoren standen 17,90 (14,59) Millionen Mark aus; wieviel davon auf das feindliche Ausland entfallen, wird nicht gesagt. Andererseits sind die Verbindlichkeiten von 9,78 Millionen Mark auf 20,76 Millionen Mark gestiegen (davon 2,80 Millionen Mark Depositionen), abgesehen von 1,00 Million Mark Bausparbankkredit. Die Anleiheverbindlichkeit beträgt 8,75 Millionen Mark. Außerdem figuriert unter den Passiven ein Anleihefondsfonds von 1 Million Mark. Die Reserven enthalten 11,60 Millionen Mark bei 16 Millionen Mark Aktienkapital. Ueber die Aussichten des laufenden Geschäftsjahres äußert der Bericht sich nicht. Bekanntlich steht auf der Tagesordnung der Generalversammlung auch der Beitritt der Gesellschaft zur Interessen-Gemeinschaft der chemischen Großindustrie.

Schöft, 10. Juni. (Gewässerte Milch.) Bei dem Kondensiert in Zeilsheim, welcher Milch verkauft, waren an mehreren Tagen Milchproben zur Prüfung gebolt worden. Die chemische Untersuchung ergab, daß die am ersten Tage genommene Probe 10—15 Prozent Wasser enthielt. Es erfolgte deshalb eine Anklage gegen die Tochter M. Sch., welche die Milchverpackung besorgt. Die Angeklagte bestritt entschieden, Wasser der Milch zugelegt zu haben. Die Milchkanne habe einige Minuten vor ihrem Gange an der Straße gestanden. Vielleicht habe ihr ein Unbekannter den Schabernack gespielt (oder bei den hohen Milchpreisen den Gefallen erwießen) in die Kanne Wasser zu gießen. Das Gericht ließ diesen Einwand nicht gelten, sondern verurteilte die Angeklagte wegen Nahrungsmittelfälschung zu 15 Mark Strafe.

Homburg a. d. S., 10. Juni. (Ein unliebsamer Vorgang.) spielte sich gestern bei der Beerdigung einer Frau hier ab. Der Gatte der Verstorbenen hörte, wie der „Traumsehne“ berichtet, die Leichenträger und das Gebet mit Pfirsichen und anderen unangebrachten Ausdrücken. Dieses mehr als merkwürdige Benehmen rief bei der Trauerfeierlichkeit berechtigtes Aufsehen hervor. Warum der Gatte sich entrüstete, wird in der Notiz nicht gesagt.

Soden a. T., 9. Juni. (Verschwundenes Fleisch.) Nicht vieljüngst ist eine öffentliche Bekanntmachung des hiesigen Bürgermeisters. Bei der letzten Fleischverteilung von 12,5 Zentnern an hiesige Arbeiter zur Verteilung an die Einwohner wurde nicht nur jeder Fleisch erhalten, sondern es mußte sogar noch ein Ueberschuß verbleiben. Statt dessen erhielt aber ein erheblicher Teil der Be-

völkerung überhaupt kein Fleisch. Wo das den Regnern zugewiesene Fleisch geblieben ist, . . . ? Jetzt müssen die Regner nun das gesamte bei ihnen zum Verkauf kommende Fleisch im Laden aufhängen und nicht wie bisher verbergen und . . . Unrichtige Handhabung beim Verkauf des Fleisches soll in Zukunft mit Entziehung des Fleischverkaufs bestraft werden.

Willingen, 8. Juni. (Erhöhung der Fleischpreise.) Für den Umfang des Fleisches Willingen werden vom 8. Juni ab folgende Fleischpreise durch den Vorsitzenden des Kreisausschusses bekanntgegeben: Schweinefleisch pro Pfund 1,70 Mark, das bessere Stück, wie Keule, Lenden usw. 2.— Mark, Schweinefleisch 2,20 Mark, Blut- und Leberwurst 1,60 Mark, Bratfleisch und Fleischwurst 2.— Mark, Rindfleisch 1,74 Mark, Kalbfleisch 1,80 Mark. Trotz der Verordnung vom 6. Juni haben z. B. die Metzger in Kaspach i. T. schon 8 Tage früher die erhöhten Preise abgenommen, als diese bei einem Abschlag des Fleisches auch wohl 8 Tage früher das Fleisch billiger geben? — (Die neuen Zuckerpreise) sind wie folgt für den Kreis Willingen festgesetzt: gemahlener Zucker 32 Pfennig pro Pfund, Würfelzucker 34 Pfennig, Kandiszucker (weiß) 55 Pfennig, Kandiszucker (schwarz) 60 Pfennig.

Sanau, 10. Juni. (Ein Rechtsstreit.) Die Heilige israelitische Gemeinde war dem Magistrat zur Zahlung von Rückabfuhrgebühren verklagt worden für ein Gebäude, in dem sich die Wohnung des Rabbinats befand. Nach erfolglosem Einspruch klagte die israelitische Gemeinde im Verwaltungsstreitverfahren auf gänzliche Freistellung. Der Bezirksauschuss zu Kassel wies die Klage ab, da dem Magistrat auf Grund der Ortsordnung ein Anspruch auf die Rückabfuhrgebühren zugehört habe. Die israelitische Gemeinde legte gegen dieses Urteil Revision beim Oberverwaltungsgericht ein, und zwar mit Erfolg. Das Oberverwaltungsgericht hob die Entscheidung der Vorinstanz auf und erkannte auf völlige Freistellung der israelitischen Gemeinde von der Rückabfuhrgebühr. Die Zinsforderung der Klägerin wurde indessen für ungerechtfertigt erklärt, da die Gemeinden die Zinsen nicht zu ersetzen brauchen. — (Generalversammlung der Kasseler Kunstseidenfabrik A. G. i. B. G.) Großaheim, steht außer der Vorlage der Liquidationsbilanz noch die Beschlußfassung über die Verwendung der Vermögenswerte der Gesellschaft und eventuell die Wiederholung der von der Generalversammlung am 20. Juni 1914 der Verwaltung erteilten Ermächtigung, dem Hauptgläubiger der Gesellschaft ihre Vermögenswerte zwecks Tilgung der Forderung zu übertragen. Die Gesellschaft schloß für 1914 mit 232 442 Mark Verlust ab, um den die Unterbilanz bei 1 034 000 Mark Stamm- und 750 000 Mark Vorzugsaktien auf 1 587 468 Mark liegt.

Sanau, 10. Juni. (Freistellung von der Gemeinde-Gewerbesteuer.) Das Vereinigte evangelische Waisenhaus in Sanau hat einen Zeitungsbericht mit Trübsal. Wegen dieser gewöhnlichen Einrichtung zog der Magistrat zu Sanau das Waisenhaus für 1914 und für die drei zurückliegenden Jahre zur Gemeinde-Gewerbesteuer mit 1300 Mark heran. Das Waisenhaus sucht die Heranziehung an und verlangte Freistellung. Es berief sich auf einen Ministerialerlaß vom 25. September 1897. Danach käme dem Waisenhaus Freistellung von der Gewerbesteuer zu. Diese Befreiung behalte auch ihre Gültigkeit nach der Einführung der Gemeinde-Gewerbesteuer und greife auf diese über. Der Bezirksauschuss wies die Klage des Waisenhauses ab. Das Oberverwaltungsgericht hob jedoch auf die Revision des Waisenhauses von der ihm obliegenden Gemeinde-Gewerbesteuer frei. Gründe wurden nicht veröffentlicht.

Oberfischheim, 10. Juni. (Bürgermeisterwahl.) Bei der am vergangenen Sonntag stattgefundenen Bürgermeisterwahl wurde der bisherige Bürgermeister Landwirt Friedrich Lind einstimmig auf acht Jahre wiedergewählt.

Bübel, 10. Juni. (Das Schöffengerichtsurteil bestätigt.) In der Sache gegen Rud. Wiltner vom Dattensfelder Hof stand gestern die Berufung vor der Strafkammer in Gießen an. Die Berufung des Amtsanwalts wurde verworfen, das Urteil des Bübeler Schöffengerichts bestätigt. Objektive habe der junge W. gegen das Jagdgesetz verstoßen, aber subjektiv habe er nicht die erforderliche Einsicht in die Strafbarkeit seiner Handlung besessen.

Darmstadt, 10. Juni. (Wegen betrüblichen Vergehens gegen das leimende Leben.) wurde heute von der Strafkammer unter Ausschluß der Öffentlichkeit die mit außerordentlichen Umständen reich gesegnete 26 Jahre alte geistig gesunde Ehefrau Elise Müller aus Kaiserlautern zu sechs Monaten, wegen Beihilfe der 65 Jahre alte Schürmachersch. Jung in Groß-Gerau zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Müller sollte den Sohn des Angeklagten betrogen, der aber schließlich nichts mehr von ihr wissen wollte, worauf sie Anzeige wegen Vergewaltigung erbat, aber selbst hinfällig.

Weilburg, 9. Juni. (Vorsicht beim Genuß von Fleischkonserven!) Hier hat eine ganze Familie durch Genuß von Fleischkonserven schweren gesundheitlichen Schaden gelitten. Die betreffende Familie hatte Fleisch in Büchsen eingekauft. Als ein Teil dieses Fleisches nun kürzlich verbraucht werden sollte, stellte sich beim Öffnen einer Büchse heraus, daß es — wahrscheinlich infolge unrichtigen Verschlusses — nicht mehr einwandfrei war. Trotz dieses verdächtigen Umstandes wurde das Fleisch zubereitet und auf den Tisch gebracht, und zwar — um den Beigeschmack zu verdecken — als Fleischsalat. Alsbald nach dem Genuß dieses Fleischsalats ist die ganze Familie unter schweren Vergiftungserscheinungen erkrankt. Während sich das Befinden der übrigen Familienmitglieder inzwischen wieder gebessert hat, liegt der Mann noch jetzt — nach vierzehn Tagen — schwer krank darnieder.

Wahlheim, 8. Juni. (Zwei Menschen an Brustvergiftung gestorben.) Die Frau des Landwirts Rauch von hier hatte mit ihren Diensthofen Schwarzenmaggen gegessen, der ankeimend nicht recht durchgeschaut war. Frau Rauch und eine Diensthofin sind bereits gestorben, zwei andere Diensthofen ringen mit dem Tod.

Aus Frankfurt a. M.

Wegen der überflüssigen Elemente im Handel. Die Potsdamer Handelskammer hat an den Bundesrat eine Eingabe gerichtet, die den Willständen des Büchers mit Lebensmitteln nachgeht und für den die Ware unnötig verteuern den Kettenhandel Elemente verantwortlich macht, die dem Lebensmittelhandel vor dem Kriege vollkommen ferngeblieben haben und aus anderen Verufen herübergekommen sind. Sie macht deshalb den Vorschlag, den Handel mit Lebensmitteln für die Kriegsbeurteilung der Konzeptionspflicht zu unterwerfen mit der Maßgabe, daß nur der als Händler oder Vermittler im Lebensmittelhandel zugelassen wird, der schon vor Beginn des Krieges im Lebensmittelhandel tätig war. Allen Personen aber, die den Lebensmittelhandel erst während des Krieges aufgenommen haben, soll

diese Tätigkeit unterlag sein. Die in ihrem Besitz befindlichen Vorräte sollen gegen Abschätzung und Bezahlung an den Kommunen oder sonst dafür geeigneten Stellen übernommen werden.

Unrechlichkeit eines Angestellten. Fleißig gehandelt hat der Kaufmann Georg Gossard als Angestellter eines großen Lebensmittelgeschäfts. Bei einer Durchsicht seiner Wohnung fand man ein kleines Lager von Lebensmitteln, die aus seinem Geschäft stammten, leider aber nicht über sein Personalkonto gelaufen waren. Es waren zum Teil Sachen, die gegenwärtig schweres Geld kosten. Wie kam an der Strafkammer durch den Sachverständigen Landrechtssekretär Veil nachgewiesen wurde, hatte Gossard seinen Unterschleife zum Teil durch Fälschung von Warenrechnungen bewirkt. Er hatte außerdem 160 Mark bar unterschlagen. Das Geld ist bis auf einen kleinen Rest wieder ersetzt worden. Der Gericht erkannte auf neun Monate Gefängnis, wovon ein Monat auf die Untersuchungshaft angerechnet wird.

Die verschundenen Butterfelder. Auf der Mainzer Landstraße betreibt Frau Meta Peters einen Lebensmittel- und Butterhandel. Ihre „rechte Hand“, sozusagen ihr Geschäftsführer ist der gut bekannte ehemalige Reichsfunktionär Wilhelm Merlen. In diesen Herrn Merlen haben eines Tages eine Anzahl Leute ihre Butterfalten ab, dann das Geschäft auf die Karten vom Großhandel Butter begibt. Selbstverständlich wollten die Karteninhaber ihren hernahe die Butter von der Firma Peters-Merlen beziehen, aber sie waren die Geizigen. Sie bekamen weder Butter, noch erhielten sie ihre Karten zurück. Merlen machte immer noch Ausschläge über den Verbleib der Karten, deren Zurückstellung für die Leute um so unangenehmer war, als sie sie auch zum Einkauf von anderem Fett brauchten. Als sie endlich mit Hilfe der Polizei wieder in den Besitz der Karten kamen, fehlten die Butterfelder. Am Schöffengericht, an dem Frau Peters und Merlen wegen Unterschlagung in Butterfelder zu verantworten hatten, wollte kein wissen, wo sie hingeraten seien. Das Gericht nahm an, daß die Angeklagten auf die Karten Butter bezogen und sie an Vorzugskunden ohne Karte abgegeben haben, wenn nicht gar Merlen ein bißchen Handel mit den Butterfeldern getrieben habe. Merlen wurde zu zwei Monaten Gefängnis, Frau Peters zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt. Eine weitere Geldstrafe von 50 Mark wurde Frau Peters auferlegt, weil sie einem Kunden Butter verweigert hatte, obwohl sie noch Vorräte hatte. (Unseres Erachtens hat Frau Peters durch diese Art des Butterverkaufs jebot Unauverlässigkeit im Handel gezeigt, daß ihr die Police das Geschäft schließen sollte. Mindestens sollte ihr die Karten zum Butterverkauf entzogen. Red. d. B.)

Obstpreise in Frankfurt und Baden. Das Großherzogtum Baden hat als erster deutscher Bundesstaat Höchstpreise für Obst in Kleinverpackung festgesetzt. Es lohnt sich, zwischen diesen und den gegenwärtig in Frankfurt geltenden Preisen einige Vergleiche anzustellen. Es kosteten das Stück Erdbeeren in Baden 45 Pf. in Frankfurt bis 1,00 Mark, Süßkirschen 25 und 60 Pf. Weintrauben in Baden folgende Preise für Sauerkirchen 82 Pf., Stachelbeeren 20 Pf., Johannisbeeren 20 Pf., Himbeeren 40 Pf. Dazu kommt, daß der Erzeuger, wenn er unmittelbar an den Verbraucher verkauft, nur folgende Preise beanspruchen darf: Erdbeeren 35 Pf., Süßkirschen 15 Pf., Sauerkirchen 25 Pf., Johannis- und Stachelbeeren 15 Pf., Himbeeren 35 Pf. Gleiches in Baden!

Die falsche Adresse. Das Statistische Amt bittet um Mithilfe, daß vielfach bei ihm Anträge betreffend Ausstellung von Lebensmittellisten, Vorkaufslisten, Zulassung von Zucker und dergleichen eingehen. Das Statistische Amt ist mit der Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln nicht beauftragt, die falsche adressierten Eingaben erfordern daher Verzögerungen. Es empfiehlt sich, die in den entsprechenden Bekanntmachungen genannten Adressen zu beachten.

Vorsorge für Witwen. Nach dem Bericht des Vereins für die Witwenanstalt zu Nöthen wurden im Jahre 1914 40 und im 1915 28 Aufnahmen in die Anstalt vollzogen. Die 1915 bezogenen Witwen des zentralen Betriebsgebäudes und des Frauenheims währten sich in jeder Hinsicht. Mit Wirkung vom 1. April 1916 wurde das tägliche Pflegegeld von 1,40 auf 1,60 Mark erhöht; die Selbstkosten betrugen 1,80 Mark. Der Betriebsverlust im letzten Jahre betrug 52 263 Mark.

Feldpost.

Gest. Bauer. Zeitung ist nunmehr bis 15. August 1916 bezogen. Gest. Gramlich. Nr. 255 dankend erhalten.

Wegen ungenügender und falscher Adresse kamen zurück: Landsturmmann Feldmayer, Jäger Wülfinger. Falls Angehörige die genaue Adresse besitzen, bitten wir um deren Angabe. Die Expedition der „Volksstimme“.

Wiesbadener Theater.

Neuburg-Theater.

Sonntag, 11. Juni, 7 Uhr: „Bill und Wiebke“.
Montag, 12. Juni, 7 Uhr: „Die rätselhafte Frau“.
Dienstag, 13. Juni, 7 Uhr: „Bill und Wiebke“.
Mittwoch, 14. Juni, 7 Uhr: „Die rätselhafte Frau“.
Donnerstag, 15. Juni, 7 Uhr: „Bill und Wiebke“.

Bekanntmachung betr. Bezug von Kartoffeln

Von Dienstag den 12. Juni ab werden bis auf weiteres an den Kartoffeln auf die Kartoffelmarken beim Bezugsschein für Privathaushaltungen 7 Pfund pro Kopf und Woche, für Hotelgäste 6 Pfund pro Kopf und Woche aufgegeben.

Die Kartoffeln können vorläufig nur am hiesigen Marktplatz in der Zeit von vormittags 8—1 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr bezogen werden.

Die roten Kartoffelmarken ohne besonderen Stempelabdruck, wie die blauen Marken der Gruppe 1—3 werden für ungültig erklärt. Giltig sind alle die roten Marken mit besonderem Stempelabdruck und die blauen Marken der Gruppe 6—7.

Die blauen Marken der Gruppe 8 erhalten erst von Montag den 18. Juni ab Gültigkeit.

Wiesbaden, den 10. Juni 1916.

Der Magistrat.

Deutschkatholische (freireligiöse) Gemeinde zu Wiesbaden.

Herr Prediger Eulrich spricht am Sonntag, 11. Juni 1916, über das Thema: „Das Fest des Geistes“.
Die Erbauung findet vormittags pünktlich 10 Uhr im Saal des Rathauses statt. Der Zutritt ist für jedermann frei. 12 Pfund.

Der Altortsaal.

Pachmädchen gesucht. Wiesbadener Nähmittel-Fabrik, Schwanenstraße 42.